

Tageblatt

LÉTZEBOURG

Luxemburg € 1,70
Ausland € 1,90
www.tageblatt.lu

Montag,
11. Februar 2019

Nr. 35
Jahrgang 105



Gänsehautmomente

Fed-Cup-Team steigt auf / S. 15-17

Lagerbildung in der CSV

Der neue CSV-Präsident Frank Engel stößt auf Widerstände innerhalb der Partei. Die CSV-Fraktion soll ihn blockieren. **S. 8**

Heute aktuell

Keine Angst vorm Brexit

Deutschland darf sich ein bisschen fürchten, die Niederlande auch, Irland sowieso. Aber Luxemburg, schreibt Armand Back im Editorial, könnte ein Gewinner sein. Zumindest vorerst. **S. 6**

Der doppelte Doktor

Paul Hougnon ist gebürtiger Niederländer, hat die Heimat aber schon lange den Rücken gekehrt. Karriere macht der Luxemburger Zahnarzt dennoch, und zwar in Österreich. **S. 5**

Kunst-Salon in Esch

Nicolas Goetzinger, Präsident der „Amicale des anciens du Laminoir Train 7“, sprach mit dem Tageblatt über den Stellenwert des Escher „Salon international d'art contemporain“. **S. 30**

Heftige Regenfälle

Im Laufe des Wochenendes sind heftige Regenfälle, begleitet von Sturmböen, über Luxemburg niedergegangen und sorgten teilweise für Überschwemmungen und überflutete Keller. **S. 38**

Luxemburg in Berlin

Auf der diesjährigen Berlinale ist das Großherzogtum mit zwei Koproduktionen („Flatland“ und „Temblores“) vertreten. Das Tageblatt hat sich die Filme für Sie angeschaut. **S. 12**

Sait 5

PROMO VUN DER **WOCH**

Cactus

www.tageblatt.lu
redaktion@tageblatt.lu
Tel.: (+352) 54 71 31-1
Abo-Hotline: 54 71 31-407
44, rue du Canal
L-4050 Esch-sur-Alzette



Kritiker werfen den offiziellen Stellen in Sachen Google-Datacenter in der Gemeinde Bissen mangelnde Transparenz vor. In der Tat sind noch viele Fragen zum Megaprojekt offen. Im Rahmen der strategischen Umweltprüfung zur punktuellen Änderung des Flächennutzungsplans wurde zudem eine Umwelt-Erheblichkeitsprüfung durchgeführt, wobei die Resultate doch bedenklich stimmen.

HINTERGRUND S. 2, 3

Das Wetter

Heute	Morgen	Übermorgen
5°/-1°	5°/-1°	6°/-1°



Vier Jahrzehnte Opposition gegen den Rest der Welt

IRAN Heute ist der 40. Jahrestag des Siegs der Islamischen Revolution

TEHERAN Der Iran feiert heute den 40. Jahrestag des Siegs der Islamischen Revolution am 11. Februar 1979. Wie jedes Jahr gibt es eine Kundgebung auf dem Asadi-Platz in Teheran, Präsident Hassan Ruhani wird eine Rede halten. Auch in anderen Städten des Landes wird es Feiern geben. Der 40. Jahrestag ist von großer symbolischer Bedeutung, da in der islamischen Kultur 40 Jahre als Alter der Reife gilt.

Allerdings fällt das Jubiläum in eine Zeit der wirtschaftlichen Krise und der politischen Spannungen mit den USA, die nach ihrem einseitigen Ausstieg aus dem internationalen Atomabkommen neue Finanz- und Handelssanktionen gegen den Iran verhängt haben.

Der 11. Februar 1979 markiert nach offizieller iranischer Lesart den Triumph der Revolution unter Führung von Ajatollah

Khomeini, da an diesem Tag die Streitkräfte nach tagelangen Straßenkämpfen mit den Revolutionären kapituliert hatten. Unser Korrespondent Bernard Brigouleix, der den Iran oft bereist hat, blickt auf die 40 Jahre zurück.

DETAILS S. 4

Resultate lassen aufhorchen

UMWELTPRÜFUNG Fragen über Fragen

Roger Infalt (Texte und Fotos)

Im Rahmen der strategischen Umweltprüfung zur punktuellen Änderung des Flächennutzungsplans (PAG) der Gemeinde Bissen für das vorgesehene Datacenter wurde eine sogenannte Umwelt-Erheblichkeitsprüfung durchgeführt. Die Resultate stimmen einen bedenklich.

Die Umwelt-Erheblichkeitsprüfung dient dazu, mögliche bedeutende negative Umweltauswirkungen, die durch das Planungsvorhaben entstehen, zu identifizieren, zu beschreiben und zu bewerten. Hierzu sind folgende Schutzgüter definiert:

- Bevölkerung und Gesundheit
- Pflanzen, Tiere und biologische Vielfalt
- Boden
- Wasser
- Klima und Luft
- Landschaft
- Kultur- und Sachgüter
- eventuell weitere Schutzgüter

Während der öffentlichen Informationsversammlung kürzlich im Kulturzentrum „Wonerbatti“ in Bissen wurde sehr viel über die bei der Prüfung angewandte Methodik geredet, dafür aber sehr wenig über die Ergebnisse. Auf der Internetseite der Gemeinde Bissen

ist das rund 80-seitige Dossier aber einsehbar und hier liest man z.B. Folgendes: Insgesamt sind auf das Schutzgut Bevölkerung und Gesundheit hohe Auswirkungen aufgrund der bestehenden Mobilitäts-/Verkehrssituation zu erwarten. So sollen sich vor allem in der Bauphase sich aufaddierende negative Auswirkungen ergeben, denn mit der Nutzung der Fläche auf dem „Buusbiert“ wird eine weitere Großbaustelle mit Lärm, Stäuben und Baustellenverkehr begonnen. Da die bestehende Infrastruktur der Strom- und Wasserversorgung sowie vorhandene Verkehrswege für eine angemessene Erschließung nicht ausreichen, muss auch diese mit entsprechendem Aufwand ausgebaut werden.

Trinkwasserbedarf?

Erwartet werden auch große Auswirkungen auf Pflanzen, Tiere und Artenvielfalt, insbesondere durch kumulative Effekte mit vorangegangener und geplanter großflächiger Bebauung innerhalb der Industrie- und Gewerbezone sowie weiterer Bauflächen im PAG. Neben dem Verlust von Landschaft und Grünflächen für geschützte Arten (u.a. Fledermäuse und Vögel) geht ein großer Teil hochwertiger Böden für die Landwirtschaft verloren.

Auch wird ein zusätzlicher Trinkwasserbedarf unbekanntes Ausmaßes erwartet.

In den allermeisten Fällen werden bei der Umklassierung eines Areals von einer Grünzone in eine „Aktivitätszone“ die Informationen bezüglich Wasser- und Energieverbrauch der zu erwartenden Betriebe nicht dargelegt. Diese Infos sind zu diesem Zeitpunkt meistens nicht im Detail bekannt, da nicht bekannt ist, welche Betriebe sich später dort niederlassen werden. Der Fall „Zone spéciale Datacenter“ liegt aber anders, denn man weiß sehr wohl, für welche Art von Betrieb das Areal spezifisch ausgewiesen werden soll.

Aufgrund der großflächigen Inanspruchnahme sehr guter und guter landwirtschaftlicher Böden werden hohe Auswirkungen auf das Schutzgut Boden erwartet. Auch in Bezug auf Wasser, Klima/Luft, Landschaftsverseigerung und das kulturelle Erbe sind die Resultate der Umweltprüfung sehr bedenklich. Die Landschaft werde im Zuge dieser punktuellen Änderung zusammen mit weiteren Bauflächen am Siedlungsrand und in exponierten Lagen stark verändert, sodass die Gemeinde Bissen künftig ein dichter bebauter Orts- und Landschaftsbild erfahren werde. Kumulative Auswirkungen im Zusammenhang mit der Neuaufstellung des PAGs der Gemeinde

Bissen sowie weiteren, großflächigen oder punktuellen Änderungen des allgemeinen Bebauungsplans seien in vielerlei Hinsicht zu erwarten. Schlussfolgernd wird festgehalten, dass die Auswirkungen auf fast alle oben aufgeführten Schutzgüter als groß eingeschätzt werden. Aus umweltplanerischer Sicht sei eine zusätzliche „Strategische Umweltprüfung Phase 2“ für die Umklassierung der Fläche erforderlich, um die Auswirkungen der Planung mit den schriftlichen Ergebnissen der bereits laufenden und noch ausstehenden Untersuchungen zu verschiedenen Aspekten der oben genannten Schutzgüter differenzierter bewerten zu können. Die Entscheidung über die Durchführung dieser zweiten Phase obliege dem „Département environnement“ des MDDI („Ministère du Développement durable et des Infrastructures“).

Keine Transparenz

Man darf gespannt sein, wie es in dieser Sache weitergeht. Die von der Regierung und dem Bissener Schöffenrat oft gepredigte Transparenz in diesem Dossier entpuppte sich bis dato jedenfalls als leeres Versprechen, ganz nach dem Motto: „Was der Bürger nicht weiß, macht ihn nicht heiß“.



„Ein klares Nein!“

MOUVEMENT ÉCOLOGIQUE Vehement gegen die Umklassierung

Es nahm einige Zeit in Anspruch, doch jetzt hat sich auch das „Mouvement écologique“ zum Thema „Zone spéciale Datacenter“ gemeldet. Die Präsidentin, Blanche Weber, unterstreicht, dass man im Rahmen der öffentlichen Prozedur Einspruch gegen die Umklassierung erhebt.

Dass die Regierung gut anderthalb Jahre verstreichen ließ, ohne irgendwelche fundierteren Informationen zu den Vor- und Nachteilen eines solch gigantischen Projekts transparent offenzulegen, sei nicht nachzuvollziehen.

Eine Umklassierung des betroffenen Areals im Bebauungsplan der Gemeinde Bissen in eine „Zone spéciale Datacenter“ sei zu diesem Zeitpunkt abzulehnen, dies sowohl aus rechtlichen als auch inhaltlichen Gründen.

Entscheidend für eine wirklich fundierte Meinungsbildung im „Google-Dossier“ sei, welches der reale Mehrwert eines derarti-

gen Datenzentrums von Google für Luxemburg wäre – dies auch im Verhältnis zu den problematischen Folgewirkungen.

„Wenn der mittel- bis langfristige Mehrwert von Google hinterfragt wird, wird von Regierungsseite immer wieder das hohe Investitionsvolumen von über 1 Milliarde Euro hervorgehoben, das für sich alleine schon fast – so der Tenor – die Ansiedlung von Google rechtfertigen würde“, so die Umweltorganisation weiter. „Leider hat die Regierung jedoch nicht einmal annähernd Daten vorgelegt, in welchen Bereichen genau diese Gelder investiert werden sollen. Somit ist der Interessierte auf Spekulationen angewiesen.“

Dabei wird in der Fachliteratur z.B. angeführt, bei Datenzentren würden fast 90 Prozent des Investitionsvolumens in die IT-Hardware fließen und nur ein verschwindender Teil der Gelder in den Bau selbst. Laut einer 2014 erstellten Studie im Auftrag des Bundesverbands Informationswirtschaft, Telekommunikation

und neue Medien e.V., kurz Bitkom, wurden im Jahr 2013 knapp 8 Milliarden Euro in deutsche Rechenzentren investiert. Davon sind gut 7 Mrd. Euro Investitionen in IT-Hardware.

Es ist nach Ansicht des „Mouvement écologique“ nicht nachvollziehbar, warum bei einem Projekt dieser Größenordnung, gerade auch von Seiten der Regierung, ohne transparente und fundierte Fakten- und Datenlage vorgegangen wird. Es dürfe keine Entscheidung fallen – auch keine Umklassierung einer Grünzone in eine de facto ausschließlich für ein Datacenter reservierte Zone – ohne Offenlegung des sozialen und wirtschaftlichen Mehrwertes sowie eine Abwägung der Vorteile mit eventuellen problematischen Folgewirkungen.

Es bestehe die reelle Gefahr, dass eine Umklassierung des Areals erfolgt und erst in einer weiteren Phase erkannt werde, dass der Betrieb eigentlich aus Umweltsicht nicht zulässig oder ganz einfach nicht wünschenswert ist, auch und vor allem an diesem

Standort. Da jedoch die Ausweisung ggf. schon erfolgt sei, könnte eine objektive Abwägung, u.a. im Rahmen der Kommodo-Inkommodo-Prozedur, infrage gestellt sein. Letztere erlaubt nicht mehr, das Prinzip der Ansiedlung zu hinterfragen, sondern nur noch eine (ggf. fragwürdige) Optimierung aus Umweltsicht zu erreichen, gibt das „Mouvement écologique“ zu bedenken.

Die Regierung stehe in der Pflicht, ihre selbst gemachten Versprechungen, in Zukunft kohärenter vorgehen zu wollen, auch einzuhalten. Andernfalls riskiere die öffentliche Prozedur zu einer reinen Makulatur zu werden.



Blanche Weber



Blick auf einen Teil des Areals, das 52 Hektar groß ist. Die wahren Ausmaße lassen sich unschwer auf der rot umrandeten Gesamtübersicht erkennen.

Foto: Commune de Bissen

„Was nicht passt, wird passend gemacht“

INTERVIEW Der Bissener Oppositionsrat David Viaggi nimmt Stellung

In den Sitzungen des Gemeinderates Bissen, in denen bis dato über den Teilbebauungsplan für ein eventuelles Datacenter die Rede ging, hat die Fraktion von „Är Leit“ wiederholt den CSV-Schöffenrat dazu ermahnt, in diesem Dossier müsse absolute Transparenz herrschen, andernfalls werde man das Projekt nicht mittragen.

Tageblatt: Herr Viaggi, wie ist es denn nun um diese Transparenz in der Tat bestellt und besteht sie wirklich?

David Viaggi: Nein, nicht wirklich. Wir (Anm. d. Red.: die fünf Räte von 'Är Leit') hatten uns erhofft, dass der Schöffenrat die Wichtigkeit einer transparenten Informationspolitik in diesem doch so wichtigen Dossier erkennt. Wir wissen nicht, wo die Überlegungen des Schöffenrats, der Regierung oder von London-Bridge (Promotor) in wichtigen Themenfeldern hingehen. Es würde eine Zustimmung jedoch deutlich vereinfachen, wenn man uns sowie die Öffentlichkeit mehr einbinden würde.

Leider mussten wir feststellen, dass die offizielle Informationsversammlung, welche die Gemeinde laut Gesetz abhalten muss, lediglich über die Tagespresse bekannt gemacht wurde, während sonst für jede Veranstaltung ein Flugblatt aus der Gemeinde-internen Kommunikationsabteilung an die Bürger verschickt wird. Folglich vermuten wir, dass man das Interesse an dieser Versammlung gezielt nicht

verstärken wollte, um unangenehme Fragen aus dem Weg zu gehen.“

In den Gemeinderatssitzungen und auch während der bereits angesprochenen Informationsversammlung für Bürger wurden Erklärungen zur obligatorischen Umweltprüfung im Rahmen der PAG-Änderung gegeben. Vergleicht man dazu das fast 80-seitige Dossier dieser Prüfung, sind Sie der Meinung, dass hier wirklich mit offenen Karten gespielt wird?

Die Informationen wurden an beiden Abenden allgemein gehalten und man ist nur auf Nachfragen ins Detail gegangen. Wir hätten es besser gefunden, wenn man auf die bereits bekannten Problemthemen (Mobilität, Kühlung, Oberflächenwasser, Lärm usw.) genauer eingegangen wäre und Ideen vorgebracht hätte, wie man sie zu lösen gedenkt.

Schlussfolgernd ergab die Umweltprüfung, dass die Auswirkungen auf fast alle Schutzgüter (Bevölkerung und Gesundheit, Pflanzen, Tiere und biologische Vielfalt, Boden, Wasser, Klima und Luft, Landschaft, Kultur- und Sachgüter) als hoch eingeschätzt werden. Wie stehen Sie zu dieser Aussage?

Ich kann nur das wiederholen, was unsere Fraktion auch in der Gemeinderatssitzung bereits gesagt hat: Mit dieser Umklassierung in eine 'Zone Datacenter' entscheiden wir uns dazu, 35 Hektar Agrarland, oder

einungsgebiet, in eine zusätzliche Aktivitätszone umzuwandeln. Das Areal umfasst damit ungefähr $\frac{1}{3}$ der gesamten Aktivitätszone Bissen/Roost. Damit ist klar, dass wir eine hohe Auswirkung auf etliche Schutzgüter erleben werden, und deshalb sind auch im Rahmen des Bebauungsplans hohe Ausgleichszahlungen und Kompensationsmaßnahmen vorgesehen, deren Einhaltung durch die Gemeinde prüfbar und einklagbar sein muss, um die Rechte aller zu gewährleisten. Die Frage ist aber vielmehr, ob wir als Kommune und unsere Bewohner unter dem Strich aus diesem Megaprojekt einen Nutzen ziehen können. Die Frage können wir heute nicht mit gutem Gewissen beantworten und deswegen haben wir Bedingungen zu Mobilität, Landschaft, Lärm, Umgebung und Oberflächenwasser gefordert. Diese Bedingungen müssen wir als gewählte Gemein-

deräte zum Schutz und Wohl unserer Bewohner einfordern. Ob letztendlich ein Mega-Datenzentrum so nah an einem Wohngebiet angesiedelt werden soll, muss jeder für sich entscheiden. Wir sehen ganz klar bis dato keinen Vorteil, was diesen Standort anbelangt!“

Was den Trinkwasserbedarf für das Datacenter betrifft, spricht die Umweltprüfung von einem bis dato unbekanntem Ausmaß. Diese Aussage ist nichts- oder aber vielsagend. Wie sehen Sie das?

Damit wird unser Argument, dass dieser Standort keinen Vorteil hat, nochmals bekräftigt. Anfangs sollte das Datenzentrum auf „Seif“ nahe der Luxlait angesiedelt werden. Hier war eine direkte Anbindung an die N7 vorhanden, Strom von Creos war in direkter Nachbarschaft und die Kläranlage von Luxlait hätte Wasser zum Kühlen liefern können.

Eine Lösung mit kurzen Wegen. Jetzt aber müssen Straßen gebaut, enorme Stromleitungen verlegt sowie Wasser aus der Alzette kilometerweit gepumpt und/oder eben Sebes-Wasser benutzt werden. Wir sind der Meinung, dass wir hier das Pferd von hinten aufzäumen, und damit schwindet unser Vertrauen in die „Architekten“, die an diesem Projekt mitwirken. Was nicht passt, wird passend gemacht.

Was sagt denn die Stimme des lokalen Volkes zu dem Mega-Projekt vor dessen Haustür bzw. zu der großen

Anzahl negativer Auswirkungen, mit denen gerechnet werden muss?

Die Leute sind nicht ausreichend informiert und sind der Meinung, dass ein weiteres Gebäude wie jenes von Luxconnect nicht sonderlich stören wird.

Dabei hat Luxconnect eine Höhe von maximal 12 Metern. Das Google-Datacenter soll aber 25 bis 33 Meter hoch gebaut werden und die Fläche ist auch bei weitem nicht mit der von Luxconnect zu vergleichen. Einige Leute haben sich informiert, vor allem die, die in direkter Nachbarschaft zum geplanten Projekt wohnen. Sie stehen dem Vorhaben eher kritisch gegenüber und deshalb fordern wir auch für diese Leute absolute Transparenz sowie die Umsetzung unserer Bedingungen, damit wir die Auswirkungen in Grenzen halten können. Schließlich bleibt zu erwähnen, dass man den Leuten immer wieder klarmachen will, dass einige Themen wie z.B. Oberflächenwasser, Wasserversorgung usw. erst in späteren Phasen (Teilbebauungsplan) geklärt werden, also erst dann, wenn die ersten Entscheidungen bereits getroffen sind!

Wie ist es um die geplante Bauzeit bestellt?

Gedanken werden sich auch über die tatsächliche Dauer der Bauphase gemacht. Hinter vorgehaltener Hand geht heute von acht bis zehn Jahren die Rede (dixit: Bürgermeister Jos Schummer). Doch auch hier fehlen konkrete Aussagen und die oft gepredigte Transparenz. Diese Vorgehensweise ist keinesfalls im Interesse der Bürgerinnen und Bürger.“



David Viaggi